

①
06.11.2007
HA

Mit Fresspaketen aufgerüttelt

Stadtverordnete: Sozial schwache Kinder sollen bei Schulessen und Bildung bezuschusst werden

Hanau (ju). Auf den Tischen der Hanauer Stadtverordneten prangten gestern Abend Fresspakete im Wert von 2,29 Euro. Sie beinhalteten das, was ein 14-jähriger Hartz IV-Empfänger sich laut Regelsatz täglich für Essen und Trinken leisten kann. Mit den Paketen unterstrich die Fraktion der Linken ihren Antrag, einen Sozialfonds für das Schulessen für Kinder aus finanzschwachen Familien einzurichten. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt. Verabschiedet wurde aber ein Änderungsantrag des Viererbündnisses, die Preise für die Schulessen zu überdenken und bedürftigen Familien als Übergangslösung Zuschüsse zu gewähren.

Außerdem wurde bei sieben Enthaltungen der Antrag der Vierer-Koalition angenommen, wonach die Hanauer Grundschulen vom kommenden Schuljahr aus Mitteln der Hanauer Wohlfahrts- und Erziehungsstiftung ein Bildungsbudget für den Kauf von Schulmaterialien erhalten, das einkommensschwachen Familien zugute kommen soll.

Zuvor hatte das Thema Armut in Deutschland für heftige Diskussionen, große Spendenbereitschaft und eine Flut an Vorschlägen gesorgt. Linken-Fraktionsvorsitzender Jochen Dohn zeigte anhand der Fresspaket-Aktion auf, dass sich bedürftige Kinder mit diesem Regelsatz kein warmes Mittagessen an der Schule leisten können. „Unser Ziel ist, dass kein Kind auf ein warmes Mittagessen verzichten muss“ erklärte Dohn, der nicht nur auf die Errichtung eines Sozialfonds und die Zusammenarbeit mit dem Kreis bei der Erarbeitung eines Konzepts drang. Er forderte zudem eine gestaffelte Subventionierung von mehr und weniger bedürftigen Kindern. Letzteres wurde von Dieter Hog von der CDU als sozialer Sprengstoff bezeichnet. Sozialdezernent Axel Weiß-Thiel nannte es angesichts von 1650 Hanauer Schülern, die

von Arbeitslosengeld II leben müssten, ein besonderes Anliegen, sich mit dem Main-Kinzig-Kreis als Sozialhilfe- und Schulträger auf eine diskriminierungsfreie Lösung zu verständigen (diesen Punkt enthält der Antrag der Viererbündnisses ebenfalls). Er begrüßte, dass der Magistrat mit Nachdruck bei der Landesregierung dafür eintreten solle, dass auch in Hessen ein „Sozialfonds für das Mittagessen in Ganztagschulen“ nach rheinland-pfälzischen Vorbild eingerichtet wird.

Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold sprach davon, dass viel für die Schüler getan werde – „wir bauen Mensen und richten Küchen ein“. Wenn aber die Preise für Mittagessen an den Hanauer Schulen von zwei bis fünf Euro reichten, dann habe auch jede andere Familie mit mehreren Kindern ein Problem, dies zu finanzieren. Anne Stübing von der BfH, die den Änderungsantrag für die Vierer-Koalition eingebracht hatte, hatte zuvor grundsätzlich über die Bedeutung des Schulessens für die Gemeinschaft, über Esskultur und Wertevermittlung sowie über gesunde Ernährung gesprochen und die Forderung nach einem gesunden Essen für die Schüler unterstrichen.

Den Antrag über ein Bildungsbudget für Einkommensschwache an Hanauer

Grundschulen, der letztlich auch verabschiedet wurde, hatte Grünen-Fraktionsvorsitzender Wulf Hilbig eingebracht. Zwar sei eine Kommune kein Reparaturbetrieb für die Fehler der Bundesregierung, dennoch seien alle Parteien aufgerufen etwas zu unternehmen. Das Potenzial der jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien nicht zu nutzen, sei nicht nur unsozial, sondern auch volkswirtschaftlich gesehen ein Fehler.

Mit dem ungewöhnlichen Vorschlag, jeder Stadtverordnete möge Patenschaften für Grundschüler übernehmen, um so ein Signal zu setzen, verblüffte Dieter Hog von der CDU seine Mitstreiter. Er selbst werde zehn solcher Patenschaften übernehmen, kündigte er an und sah auf die Frage, wer mitziehe, zehn Finger nach oben schnellen. Damit hatte Hog auf die Rede Jochen Dohns reagiert, der nicht nur für Grundsondern für alle Hanauer Schüler Gelder gefordert hatte. Hog und CDU-Fraktionsvorsitzender Franz Ott wollten ein Zeichen setzen gegen Forderungen, stets den Staat in die Pflicht zu nehmen.

Auch Rep-Chef Bert-Rüdiger Förster zeigte sich spendabel. Er sei gerne bereit, auf Sitzungsgelder zu verzichten, die ihm als Stadtverordneter zustünden und jährlich 360 Euro an die Wohlfahrts- und Erziehungsstiftung einzuzahlen.

ZITIERT

„Ich helfe gerne. Sie wissen, ich stehe immer hinter Ihnen.“

(Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Scheuermann an die Adresse des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Wulf Hilbig. Der hatte auf Scheuermanns Ermahnung an die Adresse des CDU-Abgeordneten Richard Kober, seine Zwischenrufe zu unterlassen, mit dem Satz: „Ich kann mir gegen Herrn Kober schon selbst helfen“ reagiert.)



Nachhilfe im Sitzungssaal: Brot, Joghurt, Trinktüte, Spaghetti und Scheibletten – für mehr reichen 2,29 Euro täglich nicht.